



Stellungnahme zur Flüchtlingspolitik

Der Arbeitskreis begrüßt, dass die Kanzlerin das Thema optimistisch angegangen ist – auch ohne Vorliegen eines konkreten Plans zur Bewältigung der Krise. Die Schelte der Öffentlichkeit halten wir für ungerechtfertigt, weil wöchentlich so viel Asylbewerber nach Deutschland kommen, wie in einer Kleinstadt leben und die Wirtschaft in der Herstellung z.B. von Wohncontainern und Feldbetten derzeit nicht mehr nachkommt. Angesichts dieser nicht von der Hand zu weisenden Probleme, einer wachsenden Angst in der Bevölkerung und einer Bewegung, die eine „Islamisierung des Abendlandes“ befürchtet, wollen wir als Christen in der SPD Stellung nehmen.

Große Teile der Bevölkerung sind – Gott sei Dank – sehr hilfsbereit. Viel lokales Engagement für Hilfsgruppen, Versorgung der Flüchtlinge u.a.m. kommt aus kirchlichen Kreisen. Die Lösung des größten Problems der Beschaffung von ausreichendem und zumutbarem Wohnraum muss aber von der Politik kommen.

In der Stuttgarter Landtagsfraktion werden die Sorgen der Bevölkerung angesichts überlasteter Erstaufnahmelager und der schwierigen Suche nach Standorten ernst genommen. Deshalb gibt es neben der Unterstützung der „Willkommenskultur“ auch Forderungen nach Rückführung unberechtigter Asylbewerber und beim Thema des notwendigen Wohnraums wird betont, dass die eigene finanzschwache Bevölkerung nicht aufgrund der Flüchtlingsnöte selbst in Not kommen darf.

Aber Politik darf nicht mit Blick auf Umfragen gemacht werden. Vom christlichen Standpunkt ist die Antwort klar: Wir müssen den Hungrigen zu essen geben, den Durstigen zu trinken, den Flüchtlingen ein Zuhause. Aber wir wissen auch, dass wir diejenigen im Lande, gegenüber denen die Politik versagt hat – Menschen in prekären Verhältnissen – nicht ausspielen dürfen gegen Flüchtlinge. Nächstenliebe ist nicht nur das Gebot gegenüber den zu uns kommenden fremden Menschen, sondern auch die im Lande Lebenden müssen diese Nächstenliebe spüren. Hierzu muss ihnen zunächst die Angst genommen werden, dass die Zuwanderer eine Bedrohung darstellen, zum anderen muss die Verständigung mit den Zuwanderern schnellstmöglich funktionieren.

Vorurteile und Fremdenhass bekämpfen

Flüchtlinge sind als potentielle Arbeitskräfte für unsere Wirtschaft wichtig, denn aufgrund der demografischen Entwicklung ist Deutschland auf Zuwanderung angewiesen. Eine Studie im Auftrag

der Bertelsmann-Stiftung¹ kommt zum Ergebnis, dass Deutschland in den nächsten Jahrzehnten durchschnittlich pro Jahr mehr als eine halbe Million Zuwanderer benötigt, wenn es die Zahl der Arbeitskräfte und sein Sozialsystem bis zum Jahr 2050 stabil halten will. Selbst wenn inländische Potenziale komplett ausgeschöpft würden und die Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren stark steigen würde, müssten jährlich rund 350.000 Menschen mehr zu- als abwandern. Dies muss der Bevölkerung verständlich gemacht werden.

Es müssen geeignete Wege gefunden werden, den Menschen die Notwendigkeit der Zuwanderung deutlich zu machen.

Integration voranbringen

Angesichts der jetzt schon angekommenen künftigen Arbeitskräfte müssen die Weichen gestellt werden, aus der Willkommenskultur eine „Integrationskultur“ zu schaffen. Allerdings muss man auch die Angst vor Überfremdung ernst nehmen: Die Flüchtlinge vor 70 Jahren kamen in einen bekannten Kulturkreis. Die heutigen Flüchtlinge kommen aus anderen Kulturen und mit häufig niedrigem Bildungsstandard. Deshalb müssen die Bedingungen klargestellt werden, unter denen Flüchtlinge hier bleiben können: Kenntnis der deutschen Sprache und Akzeptanz des Grundgesetzes – beides eigentlich Selbstverständlichkeiten.

Sprache ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Aber Deutsch ist keine einfache Sprache und lässt sich nicht in einem dreimonatigen Kurs mit zwei Doppelstunden pro Woche erlernen. Weil die Flüchtlinge aber möglichst schnell integriert werden sollen, sollten *tägliche* Sprachkurse und andere Lerneinheiten angeboten werden, damit die aus anderen Kulturen kommenden Menschen das Leben hier verstehen. Allerdings gibt es nicht genug ausgebildetes Lehrpersonal, und oftmals erschwert die Bürokratie pragmatische Lösungen.

Sprachkurse und Integrationsangebote für Flüchtlinge sollten weiter flächendeckend ausgebaut werden. Die Behörden sollten zu diesem Zweck auch unbürokratisch die Einstellung geeigneter Menschen ermöglichen, auch wenn diese keine abgeschlossene Lehrerausbildung haben.

Erfahrungen mancherorts zeigen allerdings, dass die Kursangebote von Flüchtlingen oftmals nicht angenommen werden. Im Ergebnis stehen der Integration weiterhin Sprachbarrieren im Wege. Flüchtlingshilfe ist aber per se eine Leistung ohne Gegenleistung. Um die Integration der Flüchtlinge im Land ihrer Wahl erst zu ermöglichen und Vorurteilen aus der Bevölkerung entgegenzuwirken,



halten wir deshalb eine Anwesenheitspflicht bei den Sprachkursen als Voraussetzung für den Empfang der staatlichen Leistungen für erforderlich.

Die Flüchtlinge müssten verpflichtet werden, die Angebote zum Erlernen der Sprache und anderer notwendiger Kenntnisse wahrzunehmen.

Mobilisierung von Wohnraum

Die durchschnittliche Wohnfläche ist in Deutschland mit ca. 45 m² pro Person sehr hoch. Demgegenüber stehen Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften in Baden- Württemberg aktuell 4,5 m² zur Verfügungⁱⁱ. Die 45 m² sind aber ein Mittelwert, denn viele Familien in Deutschland leben in Geschosswohnungsbauten mit vier oder mehr Personen auf nur 60 bis 80 m². Die durchschnittliche Wohnfläche ist u.a. auch deshalb so hoch, weil aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung viele Kinder nicht mehr bei ihren Eltern wohnen und viele Senioren alleine in Ein- und Zweifamilienhäusern leben. In Wohngebieten der 1950er bis 1970er Jahre stehen immer mehr Gebäude leer – auch in Ballungsräumen, weil unsere Gesellschaft sich verändert.ⁱⁱⁱ

Es ist bereits jetzt möglich, Flüchtlinge im Rahmen der vorläufigen Unterbringung dezentral in Wohnungen unterzubringen. Dies gilt erst recht, wenn Flüchtlinge ein Bleiberecht haben. In einem Einfamilienhaus mit vier Zimmern á 20 bis 25 m² könnten mindestens 16 Flüchtlinge untergebracht werden. Die Integration einer kleineren Zahl an Flüchtlingen in die Nachbarschaft bzw. in den Wohnort ist einfacher als bei größeren Einheiten.

Es sollten Anreize geschaffen werden, dass ältere Menschen in einen altersgerechten Wohnsitz wie z.B. betreutes Wohnen umziehen. Kreise und Kommunen sollten in die Lage versetzt werden, solche Gebäude zu mieten oder zu erwerben und mit Flüchtlingen zu belegen.

Stärkung der Solidarität in Europa

Sehr viele Flüchtlinge wollen nach Deutschland: Neben dem hohen Lebensstandard locken Freiheit und Demokratie. Andere haben bereits Verwandte oder Bekannte im Land und wollen dann aus nachvollziehbaren Gründen dorthin. Grund ist aber auch, dass von einigen EU-Mitgliedsstaaten die Verträge von Dublin nicht eingehalten werden bzw. nur unzureichend umgesetzt wurden. Die betroffenen Staaten erhielten aber – auch von Deutschland – nicht genug Unterstützung.

Für Asylbewerber kann es keine Reisefreiheit und freie Wahl des Wohnorts geben. Aber es wäre eine Illusion zu glauben, dass Flüchtlinge nach ihrer Anerkennung dort bleiben, wohin man sie geschickt hat. Um dies durchzusetzen, müssten in Europa erneut Grenzkontrollen eingeführt werden. Es kann angesichts der Freundschaft der europäischen Völ-

ker auch nicht gewollt sein, die Errungenschaften des EU- Freizügigkeitsabkommens in punkto Reise- und Niederlassungsfreiheit einzuschränken.

Solidarität ist aber auch keine Einbahnstraße. Das Projekt ‚Europa‘ funktioniert nicht als ausschließliche Zugewinnungsgemeinschaft, sondern nur mit gegenseitiger Solidarität.

Um in Europa eine faire und gerechte Verteilung von Flüchtlingen und einheitliche Standards für ihre Erstunterbringung und Versorgung durchzusetzen, sollte die Gewährung von EU- Fördermitteln daran geknüpft werden, ob und inwieweit sich einzelne Mitgliedsstaaten an Gemeinschaftsaufgaben wie z.B. den Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik beteiligen bzw. sich an geltendes EU-Recht gebunden fühlen.

Beschäftigung mit den Ursachen der Flüchtlingskrise

Flüchtlinge, Arbeitsmigranten, Armuts- bzw. Wohlstandsgefälle und Entwicklungszusammenarbeit sind verschiedene Aspekte ein und derselben Medaille. Hier rächt sich, dass sich die europäische Politik in den vergangenen Jahren vornehmlich um Wirtschaftskrisen, Bankenrettung und Grenzsicherung und nicht gleichermaßen intensiv um die Bekämpfung von Fluchtursachen gekümmert hat.

Der ‚arabische Frühling‘ wurde von der SPD begrüßt, ist aber heute Ursache für vieles, was heute in diesen Ländern passiert. Deutsche Betriebe verdienen Milliarden, indem sie Waffensysteme in die Länder exportieren, aus denen jetzt Flüchtlinge kommen. Der AK hat dies schon in der Stellungnahme „Beteiligung an bewaffneten Konflikten durch deutsche Rüstungsgüter – wenn Politik auf Wirklichkeit stößt“ kritisiert.^{iv}

Die Politik muss die Ursachen der Flucht bekämpfen und sich für den Aufbau der betroffenen Länder engagieren. Die EKD hat als ‚Thema des Jahres‘ ausgegeben: „Reformation und EINE Welt“. Der Vorsitzende des Rates der EKD, Heinrich Bedford-Strohm, lenkt in seinem Vorwort den Blick auf die heutige ‚Reformationsbedürftigkeit‘ unseres Handelns, unseres Verhaltens in der Welt.^v

In der Griechenlandkrise hat die Politik *alles* gemacht, um (unsere) Banken zu retten; jetzt, wo es um Menschenleben geht, scheint das offensichtlich nicht in dem erforderlichen Maße möglich.

Die Politik muss dies ändern, wenn sie glaubhaft werden will. Ökonomie muss sich der Menschlichkeit unterordnen. Wie Demokratie und Freiheit kann auch Menschlichkeit nicht marktconform gestaltet werden.

15.11.2015, Angela Madaus, Stephan Fischer



-
- i Die Welt online vom 27.3.2015:
<http://www.welt.de/politik/deutschland/article138826896/Deutschland-braucht-500-000-Zuwanderer-pro-Jahr.html>;
Aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung zu Migration und Demographie in Städten und Gemeinden: Ländlicher Raum zieht kaum Zuwanderer an; <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/pid/zuwanderung-kann-demographischen-wandel-abmildern-doch-bisher-gelingt-dies-nur-staedtischen-ball/>
- ii Das Flüchtlingsaufnahmegesetz Baden-Württemberg schreibt ab dem 1.1.2016 eine Mindestfläche von 7 qm Wohnfläche pro Flüchtling vor. Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen und den Problemen der Kommunen, geeignete Unterkünfte zu finden, wurde die gesetzliche Frist zur Umsetzung dieser Vorgabe für zwei Jahre ausgesetzt.
- iii <http://www.vhw.de/publikationen/forum-wohnen-und-stadtentwicklung/archiv/>, Heft 4/2015 Einfamilienhäuser der fünfziger bis siebziger Jahre: „In Ein- und Zweifamilienhausgebieten der 1950er bis 1970er Jahre steht aufgrund des stattfindenden oder bevorstehenden Generationenwechsels eine Phase des Umbruchs an. Die damals von jungen Familien bezogenen Gebiete stehen vor der Herausforderung einer kollektiven Alterung ihrer Bewohner. Die Pluralisierung von Lebensstilen und Familienstrukturen sowie weitreichende Veränderungen der Arbeitswelt führen darüber hinaus zu gewandelten Wohnpräferenzen mit einem Bedeutungsverlust des Wohnens im suburbanen Einfamilienhausgebiet. Perspektivisch wird dies zu einem wachsenden Angebot auf dem Wohnungsmarkt führen, dem eine insgesamt sinkende Nachfrage gegenübersteht. Das Heft beleuchtet dieses Phänomen aus unterschiedlichen Perspektiven mit Thesen und Handlungsempfehlungen.
- iv Beteiligung an bewaffneten Konflikten durch deutsche Rüstungsgüter – wenn Politik auf Wirklichkeit stößt
<http://www.christen.bawue.spd.de/index.php?nr=88450&menu=4>
- v https://www.ekd.de/presse/pm115_2015_themenmagazin_reformation.html
und: Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im ersten Halbjahr 2015:
<http://www.bmw.de/DE/Themen/Aussenwirtschaft/ruestungsexportkontrolle.did=733654.html>